

## Korrespondenzen.

**P. Bonn.** (Sautags-Bericht.) Die 13. Hauptversammlung des Rheingau-Bereins wurde am 8. März morgens 11<sup>1/2</sup> Uhr in Köln vom Vorsitzenden Herrn Gauvorsteher Hünewinkel mit einer Begrüßung der Delegierten, Gäste und zahlreich anwesenden Mitglieder des Ortes eröffnet. Als Delegierte sind anwesend: Emmerich, Hörtgens, Schmees (Nachen); Fendel, Hülfes, Klodt, Weyand (Bonn); Höder (Kreuznach); Zahn, Schröder (Köln); Menge, Sander (Saarbrücken). Der Gauvorstand ist vertreten durch Hünewinkel, Moog, Nau, Pollat, Wolff. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wird Hörtgens, zum stellvertretenden Schriftführer Fendel gewählt. Hierauf folgt die Wahl der Finanz- und der Beschwerdekommission, wobei für erstere Hülfes, Menge, Schmees, Schröder, für letztere Emmerich, Zahn, Sander gewählt werden. — 1. Das Protokoll der vorjährigen Hauptversammlung wird von Schröder (Köln), welcher bei dieser als provisorischer Schriftführer fungierte, verlesen und nach kleinen redaktionellen Änderungen genehmigt. — 2. Bericht des Gauvorstehers. Herr Hünewinkel konstatiert, daß der Tarif im verlaufenen Jahre sich im Rheingau bedeutend Bahn gebrochen hat, selbst in kleinen Orten wußten Mitglieder denselben Eingang zu verschaffen. Derselbe ermahnt von dem jetzt betretenen Pfade nicht abzuweichen, sondern rüstig fortzuschreiten, um endlich das gedachte Ziel vollständig zu erreichen. Ferner erwähnt der Vorsteher die bedeutend erleichterte Geschäftsführung durch die Einteilung des Gauens in Bezirke. — 3. Bericht des Gauassessors und Genehmigung der Jahresrechnung. Dem gedruckt vorgelegten Berichte sind folgende Ziffern zu entnehmen: Einnahme 1160,03 Mk., Ausgabe 663,52 Mk., Kassenbestand am 31. Dezember 1884 496,51 Mk. Nachdem der Kassierer über einzelne Punkte auf diesbezügliche Anfragen Bescheid gegeben, wird der Bericht genehmigt. — 4. Festsetzung der Beiträge und der Remuneration für die Verwaltung. Der Beitrag zur Gaukasse wird in seiner bisherigen Höhe, 5 Pf. pro Woche, beibehalten. Die Remuneration wird in folgender Weise beschlossen: Vorsteher 30 Mk., Kassierer 35 Mk., Schriftführer 20 Mk., dieselbe erfährt infolgedessen eine Verringerung, als in den letztverfloßenen Jahren je 30 Mk. bewilligt wurden. — 5. Bericht der Bezirke über die Ausführung des Beschlusses des vorigen Sautags, den Tarif betr. Den Berichten ist zu entnehmen, daß in allen Bezirken das möglichste gethan würde, um dem von der vorjährigen Hauptversammlung gefaßten Beschlusse gerecht zu werden. Die Resultate der Bewegung in den einzelnen Bezirken sind vorläufig zufriedenstellend, ausgenommen Köln, wo der Kampf zu ungleich ist, indem daselbst 40 Mitglieder mehr als 400 Nichtmitgliedern gegenüberstehen und außerdem einzeln in den Offizinen verteilt sind, somit keinen Druck ausüben können. Von den kleineren Orten ist es weniger möglich über die Tarifverhältnisse Bestimmtes mitteilen zu können, da ein genauer Einblick fehlt, jedoch ist nach den Aussagen des größten Teiles der in denselben konditionierenden Mitglieder eine Besserung der Verhältnisse zu verzeichnen. Die Verlagswirtschaft wird nach der alten Melodie besungen, besonders von den Delegierten aus Nachen und Köln, wo diese sich der schönsten Blüte erfreut. Zahn (Köln) findet die bisherige Bekämpfung derselben durch die alljährlich ausgegebenen Zirkulare nicht mehr für praktisch und zweckentsprechend, da dieses Mittel auch schon von anderen Gewerkschaften im selben Sinne benützt wird, und beantragt auf gleichem Wege diesem Unwesen einen Hebel zu setzen. 1<sup>1/2</sup> Uhr tritt eine zweifelhafte Pause ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung kommen die Anträge des Bezirksvereins Bonn (Punkt 6) an die Reihe: 1. § 16 des Gaustatuts zu ändern. Die ordentliche Gauversammlung findet alle drei Jahre resp. in dem Jahre statt, wenn eine Generalversammlung des U. B. D. B. oder der Z. K. K. stattfindet. Bei diesem Punkt entwickeln die Kölner Delegierten sowie Mitglieder dieses Bezirks ihre ganze Kraft der Berechtbarkeit, um den Antrag zu Falle zu bringen, indem sie die jährlichen Versammlungen mit einer Wechsellage vergleichen, da die Vorarbeiten zu diesen ein regeres Vereinsleben in den Bezirken hervorruft. In eingehender Weise wird der Antrag von Bonner Delegierten motiviert; es wird besonders auf den Kostenpunkt hingewiesen, ferner daß nur die schablonenmäßige Tagesordnung abgewandelt werden soll für den Verein Erprobung nicht zu verzeichnen sei; auf Mitglieder, welche nach der gegnerischen Auf-

fassung erst gelegentlich einer solchen Versammlung aus ihrem Schlafe gerüttelt werden müßten, könne man gern verzichten. Nachdem noch weitere Delegierte in diesem Sinne gesprochen, wird der Antrag gegen 2 Stimmen angenommen. 2. Als neuen Paragraphen dem Statut beizufügen: In jedem Jahre, in dem der Sautag ausfällt, hat der Gauvorstand aus jedem Bezirksverein einen schriftlichen Bericht (hauptsächlich mit bezug auf die Tarifverhältnisse) einzufordern, diese sind in das Protokollbuch einzutragen und im Corr. zu veröffentlichen. Wird angenommen mit der Aenderung: vierteljährlich statt jährlich. 3. Der Kassenbericht ist auch in den Jahren, in welchen kein Sautag stattfindet, gedruckt an die Mitglieder zu verteilen. Die Revision hat vorher durch eine von der Mitgliedschaft des Borortes aus ihrer Mitte alljährlich zu wählende Kommission von drei Mitgliedern zu geschehen und ist der Revisionsvermerk nebst den Namen der Revisoren dem Kassenbericht beizudrucken. 4. In § 20 statt Jahresrechnung zu sagen: Jahresrechnungen seit dem letzten Sautage. Beide, dem ersten Punkt entsprechend, finden Annahme. 5. In § 3 die Pflichten der Gauvorstandsmitglieder zu präzisieren, wird zurückgezogen. 6. Den § 7 zu streichen, ist durch 2 erledigt. — 7. Anträge des Bezirksvereins Köln: 1. In § 20 Zelle 2 des Gaustatuts das Wort „vorigen“ zu streichen und den Passus 1. in 8. zu verändern. Motiviert wird der Antrag mit Hinweis darauf, daß nicht jedesmal dieselben Delegierten anwesend sind, daher das Protokoll besser zu Ende jeder Versammlung zu verlesen und durch Namensunterschrift der anwesenden Delegierten zu bestätigen sei. Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme. 2. Der Schriftführer zum Sautage wird von dem Bororte gestellt. Um eine Ersparnis zu erzielen wünschen die Kölner Delegierten das Amt des Schriftführers im Gauvorstande zu streichen, da die laufenden Arbeiten für diesen nicht nennenswert seien und zur Führung des Protokolls bei den Hauptversammlungen ein solcher aus der Mitgliedschaft gewählt werden könne, wo dieselbe stattpinde, nämlich ohne Remuneration. In gleichem Sinne spricht ein Kölner Mitglied, indem es den Schriftführer als ein unnützes Möbel bezeichnet. Entgegengefasster Ansicht sind die übrigen Delegierten. Der Antrag wird nach reiflichen Erörterungen abgelehnt. 8. Antrag des Bezirksvereins Saarbrücken: Der Sautag solle beschließen: Von dem angefangenen Jahr an 2 Prozent der Einnahme (inkl. Krankenkasse) den Bezirksvereinen für Verwaltungskosten u. s. w. überweisen und nur diejenigen Ausgaben aus der Gaukasse zu bestreiten, welche direkte Angelegenheiten des Gauens resp. dessen Verwaltung betreffen. Nach kurzer Debatte wird auch dieser Antrag angenommen. Hieran schließen sich noch folgende Beschlüsse: a) Die Beiträge zur Z. K. K. für konditionierende am Orte werden wie bisher aus der Gaukasse bestreiten. b) Dem Gauvorstande wird ein Dispositionsfonds von 50 Mk. bewilligt. c) Sobald die Gaukasse die Höhe von 300 Mk. erreicht hat, sind diese in der städtischen Sparkasse des Borortes verzinslich anzulegen. — 9. Bewerben. Da solche von Bedeutung nicht vorliegen, findet dieser Punkt bald seine Erledigung. — 10. Wahl des Gauvorstandes. Die Kölner Delegierten plaidieren für Verlegung des Gauortes und beantragen Köln in erster Linie ins Auge zu nehmen, da dies die Metro-pole der Rheinprovinz, andernfalls Nachen den Sitz zu übertragen. Durch die hierauf folgende Abstimmung wird der bisherige Vorstand wiedergewählt: Hünewinkel, Vorsteher; Moog, Kassierer; Pollat, Schriftführer (sämtlich aus Bonn). — 11. Als Ort der nächsten Generalversammlung wird Saarbrücken gewählt. Nachdem hiermit die offizielle Tagesordnung erledigt war, beschäftigte man sich mit der bevorstehenden Generalversammlung des U. B. in Berlin. Bei dieser Gelegenheit reichten die Nacherer Delegierten folgende Anträge ein mit dem Ertrichen, der Rheingau möge diese zu den seinigen machen: 1. Die heutige Gauversammlung spricht sich entschieden gegen jede Dezentralisation des U. B. aus und stimmt eventuell für eine Erhöhung des Beitrags zur Z. K. K. Der Sautag erblickt in der Abzweigung eines Teiles unserer Kassen eine Gefährdung unsers Gewerksvereins. 2. Für den Fall, daß es zu einer Revision des Tarifs kommt, ist, so viel als möglich, für Befestigung der Paragraphen zu sorgen, welche nur von Uebereinkunft sprechen, insbesondere dem § 29 eine präzisere Fassung zu geben. 3. Die Versammlung erklärt sich für Aufhebung des § 9 des Z. K. K. Statuts und spricht sich für die Fassung des alten

Paragraphen aus, wonach im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom ersten Tage der Erkrankung ab 2 Mk. vergütet werden. Derselben werden einstimmig angenommen. Nachdem der U. B. noch mit einem Hoch bedacht worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 9<sup>1/2</sup> Uhr abends.

**n. Dresden.** (Zur Generalversammlung; Kurmethode betr.) Der Dresdner Ortsverein beschloß in seiner Mitgliederversammlung der Z. K. K. vom 14. März d. J., bei der in Berlin demnächst abzuhaltenen Generalversammlung zu Punkt 5 der Ausführungsbestimmungen folgenden Zusatz zu beantragen: „Dem Vorstande soll es jedoch überlassen sein, auf Antrag der Verwaltungsstelle, den lokalen Bedürfnissen entsprechend, auch anerkannt tüchtige Natur-ärzte zuzulassen.“ Obgleich man nun hierorts nur mangelhafte Kenntnis davon hat, wie man sich in den anderen Ortsvereinen zu dieser Frage stellen wird, so läßt sich doch die Hoffnung und Voraussetzung aussprechen, daß ein so fortschrittlich gemeinter Antrag in ganz Deutschland nur Anklang finden werde. Es läßt sich wohl annehmen, daß man, wie in Dresden, auch anderwärts solche Männer in seinen Mauern haben dürfte, welche infolge langjähriger Erfahrungen mit ihrer öffentlich berechneten naturgemäßen Heilpraxis die anerkannt besten Resultate aufzuweisen haben, nachdem die medizinische Kunst in vielen Fällen umsonst versucht worden war. Unser Krankenbudget nimmt nachgerade eine Höhe an, welche uns trotz allen Kopfzerbrechens und allen Hin- und Herredens von Zeit zu Zeit nicht um eine bedeutende Steuererhöhung herumbringen wird; angesichts dieses Umstandes ist es um so geratener, sich unter den soleglich näher zu präzisierenden Voraussetzungen mit einer vollständig medizinlosen Heilweise zu betheiligen, welche in den meisten Krankheitsfällen, besonders in einem weniger jugendlichen Alter, Heilung oder wenigstens große Verringerung (letztere bei chronischen Leiden) zu verschaffen im Stande ist und nicht so viele unserer Berufsgenossen zwingt, ihre übrigen Lebensjahre als frühzeitige Invaliden dahinzuziehen oder nur mit der größten Anstrengung und immerhin zweifelhaftem Erfolge thätig zu sein. Allerdings und vornehmlich muß man bei dieser arzneilosen Heilmethode etwas Energie und Ausdauer voraussetzen können, sodann die nötige Pflege, da der Patient in vielen Fällen sich selbst zu versorgen nicht im Stande sein wird (genau temperierte Bäder, Frottierungen, Einpackungen); ferner müssen hierzu auch einige Utensilien angeschafft werden, wenn der Patient nicht in eine derartige Heilanstalt gehen kann. Bei Erfüllung dieser Vorbedingungen und der übrigen einschlagenden Vorschriften ist man in den meisten Fällen in verhältnismäßig kurzer Zeit im Stande, sich in der gehörigen Weise bei Kräften zu erhalten, zum Wohle der Seinen sowie der Massenmitglieder, sowie der Gesamtheit. Diese wenigen Worte werden, glaube ich, genügen, um die geehrte Kollegenchaft von der Richtigkeit und Nützlichkeit obigen Antrages zu überzeugen, insbesondere diejenigen, welche bereits aus einschlagenden Vorträgen über diesen Gegenstand mehr oder weniger orientiert sind. Es ist damit keineswegs ausgesprochen, daß in Zweifelsfällen nicht von Zeit zu Zeit das Zeugnis eines Kontrollarztes erfordert werden dürfe; nur müßte ein solcher promovierter Arzt, wenn Mediziner, im Stande sein, in solchen Fällen objektiv zu verfahren und nicht das Zeugnis verweigern, wie es Einseiner dieses i. J. erging, als er freiwillig, um sich über sein chronisches Augenleiden genau zu informieren, von einem Nichtkontrollarzte ein ausführliches Zeugnis erfolglos erbat. Durch Annahme obigen Antrages würde für unsre Z. K. K. ein Nutzen unbedingt entstehen, es würden sich zum mindesten länger andauernden Krankheiten vermindern.

**M. Kassel, 25. März.** Im vorigen Berichte von hier war angegeben, daß in zwei Geschäften, in welchen Vereinsmitglieder konditionieren, die einstündige Arbeitszeit noch bestehe. Neben der Berücksichtigung, daß dieses nicht nur in zwei, sondern in drei Geschäften der Fall war, kann ich heute die Mitteilung machen, daß auf erneutes Vorgeben das eine Geschäft die Forderung auf zehnstündige Arbeitszeit bewilligte; das zweite dagegen billigte dieselbe nur den Zeitungs- und den berechnenden Vertriebsern zu. Da somit den Accidensgebern daselbst die Forderung abgelehnt worden, die Berechnungsweise im Werktag außerdem zum großen Teil eine tarifwidrige war, sah sich die örtliche Tarifabwägungs-Kommission, unterstützt durch einen hierauf zielenden

Bechluss der letzten Monatsversammlung, veranlaßt, die Schließung der Accidenz- und Vertheilung für Vereinsmitglieder beim Gauvorstande zu beantragen. Das dritte Geschäft lehnte die Forderung ganz ab und wurde dessen Schließung ebenfalls beantragt. Mehrere Mitglieder, verheiratete und unverheiratete, gaben in Folge dessen ihre Kondition auf. — Vorigen Sonntag fand hier selbst eine Bezirksversammlung statt, in der die Tagesordnungen zur Gau- und Generalversammlung des N. B. und die bisher veröffentlichten Anträge zur letzteren durchberaten wurden. Es würde zu weit führen, alle Beschlüsse der Versammlung, welche letztere außer von dem größeren Teil der Kasseler Kollegen noch von mehreren Mitgliedern aus Hofgeismar besucht war — ein Mitglied aus Wigenhausen hatte sich noch in der letzten Stunde per Draht entschuldigt, alle übrigen Mitglieder im Bezirk glänzten durch Abwesenheit — hier wiederzugeben. Es sei deshalb nur der auf die Errichtung einer Zentral-Witwenkasse bezügliche Beschluss erwähnt. Sämtliche Redner waren, wenn sie sich auch im Prinzip für eine Kasse mit fortlaufender Unterstützung erklärten, doch der Ansicht, daß eine solche zu errichten und zu erhalten schwere Opfer kosten würde und unter jetzigen Verhältnissen, wo eine erhebliche Steuererhöhung, die dann notwendig eintreten müßte, jedenfalls zu vermeiden sei, nicht geraten ersahne. Wohl aber sprach man sich dafür aus, daß eine Versicherungskasse ins Leben zu rufen sei, die nach dem Tod eines Mitgliedes dessen rechtlichen Erben eine einmalige Summe ausbezahlen habe. Ein Antrag, die Delegierten zur Generalversammlung zu ersuchen, auf Errichtung einer solchen Kasse hinzuwirken, wurde fast einstimmig angenommen. — Die seit 22 Jahren bestehende Kasseler Tagespost, eine gut redigierte und deshalb beliebte Zeitung, geht nach einer von ihr selbst gebrachten Mitteilung am 1. April d. J. ein. Es werden dadurch einige Mitglieder ihre Kondition, die thatsächlich zu den besten in Kassel gehörte, verlassen müssen. — Ueber das gefellige Leben der Kasseler Kollegen ist nur erhehentlich zu berichten. Der Säncherchor der Typographia, dessen Übungsstunden ziemlich fleißig besucht werden und der unter bewährter Leitung steht, hatte neuerdings wieder einige großartige Erfolge aufzuweisen. Eine am 28. Februar stattgehabte humoristische Abendunterhaltung hatte sich eines recht zahlreichen Besuchs zu erfreuen; das Programm derselben wurde auf allgemeinem Wunsch zum besten armer Konfirmanden 14 Tage später wiederholt und hatte auch diese zweite Aufführung einen glänzenden Erfolg, so daß der Verein zu genanntem wohlthätigen Zweck eine ganz erhebliche Summe abliefern konnte.

**e. Kottbus (R.-V.).** Am Sonntage den 25. März fand hier selbst im Restaurant zur Norddeutschen Bierhalle die diesjährige Bezirksversammlung des XII. Obergaubezirkes statt, welche von fast sämtlichen Mitgliedern sowie einigen Nichtmitgliedern des Bezirks besucht war. Nach Begrüßung der Erschienenen eröffnete der Bezirksvorsteher, Herr T. Krufe-Kottbus, die Sitzung um 1/2 11 Uhr vormittags mit einem Hoch auf den N. B. D. B., in welches die Versammlung begeistert einstimmte. Der erste Punkt der Tagesordnung, Konstituierung des Bezirkstages, fand darin seine Erledigung, daß die Herren T. Krufe-Kottbus zum ersten, Julius Hoppe-Forst zum zweiten Vorsitzenden und Fritz Kleme-Kottbus zum Schriftführer gewählt wurden. Der folgende Punkt, Beratung der Tagesordnung zum nächsten Gantage, nahm eine geraume Zeit in Anspruch und es entspannen sich über einzelne Punkte derselben oft sehr lebhaft Debatten. Da die Zeit hiernach schon ziemlich vorgerückt war, wurde der Vorschlag, eine einstündige Mittagspause einzutreten zu lassen, angenommen. Die größere Mehrzahl der Anwesenden vereinigte sich zu einer gemeinschaftlichen Tafel, bei welcher es an den üblichen Toasten und auch an einem Tafelliede, das den größten Beifall erntete, nicht fehlte. Nachdem sich nun jedermann leiblich und geistig gestärkt hatte, wurde in der Beratung der Tagesordnung fortgefahren. Zum nächsten Punkte derselben, Einbringung etwaiger Anträge zur Generalversammlung, war folgender Antrag eingegangen: „Die Generalversammlung wolle beschließen: Die reisenden Mitglieder sollen während der Dauer ihrer Reise von den Beiträgen zur Z. R. R. befreit sein.“ Vorsitzender Antrag fand nach genügender Motivierung seitens des Antragstellers mit großer Majorität die Unterstützung der Versammlung. Zu Delegierten für den Gantag wurden die Kollegen Krufe-Kottbus und Hoppe-Forst, als deren event. Stellvertreter die Kollegen Repp und F. Kleme-Kottbus vorgeschlagen. Zur Abhaltung des nächsten Bezirkstages wurde wiederum Kottbus gewählt, weil dasselbe der Mittelpunkt des Bezirks ist und für die auswärtigen Kollegen die günstigste Fahrgelegenheit

bietet. Das diesjährige Johannisfest soll vom ganzen Bezirk gemeinsam gefeiert werden. Zur Abhaltung desselben wurde ebenfalls Kottbus bestimmt. Aus den nun folgenden Berichten der verschiedenen Verordnetenmänner über die Tarifverhältnisse in den einzelnen Orten ergab sich, daß dieselben mit Ausnahme von Spremberg als gute zu bezeichnen sind. Da die persönlichen Bemühungen der Kollegen im letztgenannten Ort um Aufbesserung ihrer Löhne bisher erfolglos geblieben sind, wurde der Bezirksvorstand aufgefordert, sich mit dem betreffenden Herrn Prinzipale behufs Regelung der dortigen Verhältnisse brieflich ins Einvernehmen zu setzen. Hierauf meldeten sich aus Spremberg vier und aus Kottbus ein Kollege zum Vereine. Da letzterer aber schon zweimal wegen Kesten ausgeschlossen worden ist, erklärte sich die Versammlung zur Unterstützung dieses Gesuchs für nicht in der Lage, es wurde dem Betreffenden vielmehr aufgegeben, sich mit einem desfallsigen Gesuche an den Hauptvorstand zu wenden. Da hiermit die Tagesordnung erledigt war, wurde die Sitzung nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls um 1/6 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen und hierauf in Gemeinschaft mit den auswärtigen Kollegen noch eine kleine „Bierreise“ unternommen, bis die letzteren gegen 10 Uhr mit einem „Auf fröhliches Wiedersehen zum Johannisfeste“ der Heimat zudampften.

**Offenbach a. M., 30. März.** Die jüngsten Nummern Ihres Blattes behandeln in zwei Korrespondenzen die Bewegung innerhalb unsers Personals. Wir finden in Nr. 36 nebst der Behauptung: „An der That werden bei Huk & Co. Löhne gezahlt, bei denen kaum zu bestehen ist“, die Aufforderung: „Es wäre wohl angebracht, wenn die von genannter Firma gezahlten Löhne im Corr. angeführt würden, das würde am besten se.“; diese begegnet nur unserm Wunsch. Wir entsprechen diesem Verlangen mit Vergnügen und sind überzeugt, daß die verehr. Redaktion des Corr. die mitfolgende Liste der am 21. d. M. zur Verrechnung gekommenen Löhne der Deffentlichkeit nicht vorenthalten wird. Es erhielten: Justizier G. W. 142,95, die Fertigmacher J. H. 116, R. G. 128,76, die Gießer Peter F. 193,86, Karl K. 168,12, Johann E. 121, Jean Sch. 110, Konr. Sch. 96,25, U. F. Fr. 85,37, Adam O. M. 152,45, Adolf P. 125,50, Joh. Sch. 121, Heinrich St. 116, Karl A. 107,30, Andreas J. 106, Peter B. 105, Anton R. 100, Fritz A. 100, Kajpar F. 83,82, Georg M. D. 82,16, Theodor G. 80,53 Mark. Diese Löhne umfassen einen Zeitraum von vier Wochen, welcher indes keineswegs für alle Beteiligten auf volle 24 Arbeitstage à 10 Stunden sich erstreckt, da die thatsächliche Arbeitszeit vielfach erheblich kürzer war. Die im gewissen Gelde stehenden Gehilfen betreffend bemerken wir, daß der Wochenlohn bei Höpöhoblern 28—31 Mk. und bei Fertigmachern und den übrigen Gießern 22—28 Mk. beträgt, unbeschadet der üblichen Festtage.

**C. A. Rom, Ende März.** Die Stürme und Widerwärtigkeiten des Winters sind milden Frühlingslüssen gemichen und in der ganzen Natur regt sich neues erfrischendes Leben. Leider können wir diesen Herz und Gemüt erhebenden Wechsel nicht ungetrübt genießen und begrüßen, denn mit der wärmern Saison beginnt auch die Mißere der abnehmenden Geschäftsthatigkeit und die Zunahme der Konditionslosen. Es ist deshalb hohe Zeit daran zu denken, den von Verdienstlosigkeit Betroffenen ihre traurige Lage so weit als möglich zu erleichtern. Vor etwa drei oder vier Monaten hatte das Kontrollamt in einer Plenarsitzung, der auch der Präsident des Komitees beiwohnte, in bezug auf die Konditionslosenfrage Stellung genommen und dem Exekutivkomitee selbst den Auftrag erteilt, über die geeigneten Mittel zur Abhilfe Maßnahmen zu treffen. Aber bis heute hat vollständiges Schweigen über das Vorgehen in dieser Angelegenheit geherrscht. Nun, der Grund dieses Schweigens liegt nahe genug. Die Thatsache liegt klar zu Tage, aber die Auffindung des Weges der Herbeischaffung der Mittel sie zu besorgen macht aller Weisheit ein Ende. — Auch aus anderen großen Städten wird stark über Mangel an Arbeit geklagt. So liegt uns z. B. ein Bericht aus Mailand vor, nach welchem die Situation der dortigen Gehilfen ebenfalls keine beneidenswerte ist. Es heißt darin, daß seit Weihnachten die Geschäftslage bedeutend zugenommen habe und zu besorgen siehe, daß sie noch längere Zeit andauern werde. In manchen Druckereien wird des Tages über nur einige Stunden gearbeitet, in anderen folgen Entlassungen auf Entlassungen. Leider werden diese an sich schon trübseligen Zustände von manchen Prinzipalen, die vergessen haben, daß sie auch einst Gehilfen waren, dazu benutzt, an den von ihnen anerkannten Tarifbestimmungen zu mäkeln

und zu deuteln wo es nur angeht. So wird z. B. wenn gelegentlich bei einer dringenden Arbeit ein Ueberstich gemacht werden muß, die Entschädigung der Extrastunden verweigert unter der Ausflucht, daß sie in kritischen Zeiten weder Abzüge gemacht noch zu Kündigungen geschritten wären. Im gedachten Richtige wird ein Fall angeführt, durch welchen die Rücksichtslosigkeit eines Prinzipals drastisch illustriert wird. Ein Maschinenmeister hatte in einer Druckerei vier Jahre lang ununterbrochen gearbeitet. Wenn es notwendig gewesen, hatte er öfter in einer Woche 20 bis 30 Ueberstunden gehabt, für all die gefehliche extra zu honorierende Zeit hatte er hier und da die bescheidene Forderung von 1—2 Lire gestellt, welche ihm aber nur als Geschenk zugefandener worden war. Da trifft ihn ein Unfall, infolge dessen er einige Tage das Bett hüten muß. Dies bemerkt der Prinzipal, um ihm die definitive Entlassung zuzuschicken und so war er auf die Strafe gemorfen. — Die Zeit der Rechnungsabläufe ist bereits herangerückt und in manchen Ethen, in denen der nagende Wurm der Steuerrechte sich unvertilgbar eingefressen, werden die betreffenden Beamten an ihre Arbeit gehen. Die Gründe, aus welchen so viele Kollegen ihrer sozialen Hauptverpflichtung, dem regelmäßigen Steuerzahlen, nicht nachkommen, lassen sich in das eine Wort Nachlässigkeit zusammenfassen. Ist die erste Woche verfloßen, so denkt man nicht oder will nicht an das Bezahlen denken, nach Verlauf der zweiten vergißt man es, nach der dritten langt das Geld nicht zu nach der vierten legt man sich aufs Verprechen und so geht es fort bis das Jahr zu Ende ist. Dringender Kassenscheiber auf Verichtigung, so muß er allerhand Ausflüchte gegriffen werden, bis endlich nach Drohung mit öffentlicher Bloßstellung und Ausschluss Rat geschafft wird. Manche, und deren sind nicht wenige, können geringen Verdienst oder zeitweilige Arbeitslosigkeit vorküchen, aber damit die der Allgemeinheit nicht gedient, wer die Vorteile des Verbandes genießen will, der muß auch alle Verpflichtungen gegen denselben streng erfüllen. Wandel muß geschaffen werden und wenn es auch schmerzhaft, die Pflanze, die keine Früchte trägt, muß ausgerodet werden. Freilich ist manchen Sektatorien ein großer Teil der Schuld an diesem Unwesen der unzureichenden Mangel an Energie, Bequemlichkeit und Sorglosigkeit der Beamten anzulasten, die sich auf die Mitglieder über und wo die Nachlässigkeit einmal eingegriffen, da ist schwer Ordnung zu schaffen. — Die Hauptfrage des Verbandes, in Turin, geht man mit dem Plan um, eine Genossenschaftsdruckerei zu errichten, an welcher nicht allein die Turiner, sondern auch alle übrigen italienischen Kollegen teilzunehmen berechtigt sein sollen. In einem an alle Druckereien des Landes gesandten Zirkulare werden die Vorteile eines solchen Unternehmens für die Gesamtheit in berechteter Sprache hervorgehoben, zugleich aber darauf hingewiesen, daß der Gedanke an Gewinn für die Erstzeit in die zweite Reihe gestellt werden müsse. Das Opfer von heute sei vielmehr als eine Barriere gegen sich immer mehr nähernde schlimme Zeiten zu betrachten. In einer im Januar stattgehabten Versammlung wurde ein probatorisches Grundstatut entworfen. Nach diesem soll das zur Ausführung des Unternehmens erforderliche Kapital aus Aktien zu je 50 Lire gebildet werden. Sobald 500 Aktien gezeichnet sind und die Hälfte davon eingezahlt ist, wird die Gesellschaft ihre Operationen beginnen. Die Aktionäre sind nur typographische Arbeiter zugelassen. Bei der Beitrittserklärung ist 1 Lire zu erlegen, welche bei Bezahlung der Aktie in Anrechnung gebracht wird. Die Bezahlung erfolgt in wöchentlichen Raten von mindestens 50 Centesimi pro Aktie. Das Maximum der Aktien, welche ein einzelner Genosse besitzen darf, ist auf 10, für die typographischen Sitze auf 20 festgelegt. Die Einzahlungen beginnen vom 1. März ab. In den letzten Tagen des Februar wurde eine zweite Versammlung einberufen, um über die vorgelegten Statuten zu beraten. Da dies fertig zu bringen an einem Abend nicht möglich war, so mußten noch mehrere periodische Sitzungen abgehalten werden, deren Resultat bis jetzt noch unbekannt ist. Mit 12500 Lire (10000 Mk.) die Operationen für eine Druckerei in größerem Maßstabe zu beginnen, dazu gehört viel Courage. Diese ist jedenfalls durch die Erfolge, welche die Mailänder Genossenschaftsdruckerei seit den fünf Jahren ihres Bestehens aufzuweisen hat, geweckt und angeeignet worden. Diese einzig von Arbeitern gegründete und geleitete Druckerei hielt kürzlich ebenfalls eine von allen Aktionären besuchte Versammlung ab, in welcher unter dem Vorstehe des Gesellschaftsnotars das Statut gesetzlich bestätigt und die Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen wurde. Infolge der gesetzlichen Anerkennung werden hoffentlich die wenigen unverkauften Aktien, welche noch vorhanden sind, in feste Hände übergehen.